

Klimawandel und weltweite Armut

Hauptziel aller Entwicklungspolitik ist seit langem die Armutsbekämpfung. International versucht man gegenwärtig durch die Millenniums-Entwicklungsziele die weltweite Armut bis zum Jahr 2015 zu halbieren. Darunter findet sich auch das Ziel „Ökologische Nachhaltigkeit“. Warum? Umweltzerstörung verschärft in den Entwicklungsländern die Armut, ist aber selbst wesentlich eine Folge von Armut. So können Arme etwa oft nur durch Waldrodung etwas Land für ihr Überleben (Unterkunft, Nahrung) oder durch Abholzen Brennstoff zum Kochen und Heizen gewinnen. Umgekehrt sind sie selbst meist die Hauptopfer von dadurch ausgelösten Umweltschäden wie beispielsweise Erdbeben. Arme Länder versuchen zudem durch den Export devisenträchtiger Tropenhölzer ihre Schuldenlast zu verringern, gefährden damit aber ihre langfristigen Lebensgrundlagen. Ohne eine Minderung der Armut ist daher jede Umweltpolitik zum Scheitern verurteilt.

Gegenwärtig beherrscht freilich ein (scheinbar) ganz anderes Thema die öffentliche Aufmerksamkeit, nämlich der Klimawandel mit seinen Folgen. Spätestens seit der Publikation des Stern-Reports und des neuesten Berichts der Zwischenstaatlichen Sachverständigengruppe zu globalen Klimaänderungen der Vereinten Nationen (IPCC) ist die Tatsache eines menschengemachten Klimawandels kaum mehr bestreitbar. Diese Studien haben nachgewiesen, daß es auch ökonomisch sinnvoll ist, die Ursachen des Klimawandels zu bekämpfen (*mitigation*) und nicht allein auf spätere Anpassung (*adaptation*) zu setzen, die sowieso nötig sein wird. Diese Erkenntnis hat der politischen Debatte zur Klimapolitik eine neue Dynamik verliehen, zuletzt beim Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm.

Die gegenwärtige Diskussion kreist hauptsächlich um die globalen Folgen des Klimawandels. Die größte Sorge scheint weithin der Wohlstandssicherung der Industrieländer zu gelten. Dies ist freilich eine sehr verkürzte Sicht, denn Ursachen wie Folgen des Klimawandels sind höchst ungleich verteilt. Hauptopfer werden einmal mehr die ärmsten Länder, Regionen und Menschen sein.

Zunächst einmal lebt eine große Zahl von Armen in Regionen, die am meisten von tropischen Wirbelstürmen, Hochwasser oder Dürrekatastrophen bedroht sind. Hinzu kommt der allmähliche Anstieg der Durchschnittstemperaturen und des Meeresspiegels. Besonders betroffen sind Arme, die etwa in Slumsiedlungen an der Küste oder an erdbebengefährdeten Hängen leben. Wetterextreme wie Dürren oder Überflutungen erschweren aber vielerorts auch die Befriedigung elementarer Grundbedürfnisse. So werden gerade für tropische und subtropische Regionen, in denen die größte Gefahr für Hunger herrscht, teils erhebliche Ertragsverluste vorhergesagt.

Andererseits haben arme Länder und die Armen weit weniger Möglichkeiten als

wohlhabende Länder und Reiche, die negativen Klimafolgen zu bewältigen und sich an die veränderten Umweltbedingungen anzupassen. So verfügen Arme fast nie über einen Versicherungsschutz. Armut bedeutet zudem immer soziale Verwundbarkeit. In Krisenzeiten hat dies meist zur Folge, daß Arme aufgrund geringer Kaufkraft, fehlenden Wissens und politischer Ohnmacht ihre Interessen nicht zur Geltung bringen können.

Der Klimawandel bringt aber noch eine weitere, bisher kaum wahrgenommene Perspektive ins Spiel, nämlich das Problem künftiger Armut. Viele der prognostizierten Folgen werden nämlich erst längerfristig sichtbar werden. Es besteht das Risiko, daß die Armen von morgen noch weniger zur Anpassung instande sein werden als die Armen von heute. Daher ist es eine wichtige Aufgabe der Forschung aufzuzeigen, daß Armutsbekämpfung und Klimapolitik keine Alternativen, sondern miteinander verknüpft sind. Gerade dieser Aspekt bedarf noch gründlicher ethischer Reflexionen, um den Zusammenhang von intra- und intergenerationaler Gerechtigkeit mit seinen vielfältigen Aspekten herauszuarbeiten.

Eine nachhaltige Bekämpfung der Armut, die dazu beiträgt, daß die Folgen des Klimawandels besser bewältigbar sind, hat drei Grundvoraussetzungen:

1. Das Handlungsvermögen der armen Länder und Regionen, besonders aber der Armen vor Ort muß gestärkt werden. Dies ist die wirksamste Weise einer Armutsbekämpfung, die zugleich die Verwundbarkeit durch den Klimawandel reduziert und die Fähigkeit verbessert, nicht vermeidbare Auswirkungen auf menschenwürdige Weise zu bewältigen.

2. Um ihr Handlungsvermögen zu stärken, sind die Armen auf Hilfe durch unterstützende Institutionen angewiesen. Dabei geht es um politische, rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen auf nationaler wie internationaler Ebene, die das Potential und die Eigeninitiative „von unten“ fördern und stärken. Eine zentrale Rolle spielt dabei eine faire Weltwirtschaftsordnung. Dabei sind vielfältige Rückkoppelungen zwischen Klimawandel und Armut zu berücksichtigen, die teilweise noch nicht genügend erforscht sind. So besteht gegenwärtig etwa die Gefahr, daß der forcierte Anbau nachwachsender Rohstoffe für vermeintlich umweltfreundliche Energie (Biosprit, Ethanol) zu Lasten der Produktion von Nahrungsmitteln und des Erhalts tropischer Regenwälder geht, was wiederum den Klimawandel beschleunigen würde.

3. Eine belastbare Verknüpfung von Klima- und Armutspolitik wird nur dann gelingen, wenn man die Menschen vor Ort mit ihren jeweiligen sozio-kulturellen und religiösen Traditionen an der Diskussion um den Klimawandel und seine Folgen beteiligt und ihre Sichtweisen ernst nimmt.

Diese Fragestellung ist auch für die christlichen Kirchen eine neue und große Herausforderung. Sie werden dabei vor allem darauf achten müssen, daß ihre Sorge um die Armen nicht von Gruppen mit ganz anderen Interessen mit dem Argument mißbraucht wird, eine entschlossene Klimapolitik gehe zu Lasten der Armen und sei deswegen gegenwärtig von nachrangiger Bedeutung.

Johannes Müller SJ